

Nach dem 9. Februar 2014

Autor(en): Peter Bollag
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2014

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/64e6ceb7-a070-46ae-b371-507e803dbec9>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

NACH DEM 9. FEBRUAR 2014

Das Ja des Schweizer Souveräns zur Begrenzung der Zuwanderung steht noch vor der politischen Umsetzung – auch im Kanton Basel-Stadt. Dieser ist mit weit über dreissigtausend Grenzgängern besonders von einem anstehenden Systemwechsel betroffen.

An die Zugfahrt vom 10. Februar von Freiburg im Breisgau, seinem Wohnort, an seinen Arbeitsort Basel erinnert sich Jens Eckstein, leitender Arzt Innere Medizin am Universitätsspital Basel, auch noch Monate später: «Die Stimmung unter den mitfahrenden Kolleginnen und Kollegen war an diesem Tag deutlich weniger entspannt als noch drei Tage zuvor.» Der Grund dafür ist leicht auszumachen: An jenem Wochenende hatte das Schweizer Stimmvolk die SVP-Initiative zur Masseneinwanderung angenommen. Irgendwie war die Welt nach diesem 9. Februar 2014 deshalb nicht mehr die gleiche. «Beim einen oder anderen Kollegen kam ein wenig Zynismus auf», sagt Eckstein. Zynismus ob der Frage, ob nach diesem Entscheid denn nun die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die tagtäglich aus Deutschland und Frankreich nach Basel zur Arbeit kommen, auch weiterhin so gerne gesehen sein würden.

Die Pflegefachfrau Claudia Krauss, die aus Badisch-Rheinfelden jeden Tag ins Universitätsspital pendelt, hat bei den Grenzgängern im Nachgang der Abstimmung sogar Zweifel und Vorbehalte festgestellt: «Jede und jeder von uns hat sich sicher kurz Gedanken darüber gemacht: Wer hat Ja gestimmt, wer Nein? Will man uns überhaupt in der Schweiz noch haben?» Und sie hat sich auch gefragt, ob ihr Eindruck von Offenheit, Ehrlichkeit, Freundlichkeit und sehr angenehmem Miteinander denn ein völlig falscher gewesen sei. Zweifel dieser Art haben sicher nicht dazu beigetragen, ihr Selbstvertrauen und ihre Arbeitsmoral zu stärken. Gerade im Basler Universitätsspital, wo rund die Hälfte der Mitarbeitenden nicht aus der Schweiz stammt, dürften solche Fragen besonders intensiv diskutiert worden sein. Gedanken, wie weit sich die ausländischen Mitarbeitenden hier noch geschätzt fühlen, dürfte sich auch der Basler Regierungsrat

Hans-Peter Wessels (SP) gemacht haben. Vermutlich bildeten sie die Grundlage für eine spezielle Goodwill-Aktion, die er einige Tage später zusammen mit einigen Parteikolleginnen und Vertretern der Juso (Jungsozialisten) durchführte: Mit Rosen und einem Flyer hiessen sie am Badischen Bahnhof, an der Schiffflände (wo der Bus aus Frankreich endet) und eben vor dem Unispital Grenzgänger willkommen und überreichten eine Karte, auf der zu lesen stand: «Wir sind die Stimme der Vielfalt, nicht der Einfalt».

dreissigtausend deutschen und französischen Grenzgängerinnen und Grenzgängern, die hier arbeiten – in der Region Nordwestschweiz sind es über sechzigtausend. Sie waren es in den letzten Jahren beispielsweise gewohnt, dank des Schengen-Abkommens an der Grenze mehr oder weniger freie Fahrt zu haben. Nach dem 9. Februar kamen teilweise (wohl irrationale) Ängste auf, es könnten nun sogar die Passkontrollen wieder eingeführt werden. Aber auch in den Basler Grosskonzernen, allen voran Novartis und Roche, stellte



Die Kooperation über die Grenzen hinweg bleibt zentral

Auch wenn vielleicht nicht alle diesen Satz auf Anhieb verstanden, war es doch eine Geste, die den Beschenkten zeigen sollte, dass sie in Basel geschätzt und gerne gesehen sind. Wobei diese Goodwill-Aktion dem Basler Magistraten nicht nur positive Rückmeldungen einbrachte. Von «Kniefall» war da schon einmal die aufgeregte Rede.

Basel-Stadt und die Grenzgänger: Das ist eine langjährige, erprobte Beziehung in gegenseitigem Einvernehmen. Der Stadtstaat ist besonders abhängig von den weit über

man sich in den Chefetagen nach der Abstimmung die Frage, wie heiss denn nun die Suppe gegessen werde, die der Schweizer Souverän am 9. Februar serviert hatte. Nicht anders in den Filialbetrieben der Schweizer Grossverteiler, bei denen viele Angestellte von jenseits der Grenze kommen. Und stellvertretend für die Wirtschaft konstatierte beispielsweise Franz A. Saladin, Direktor der Handelskammer beider Basel, gegenüber der Zeitung «Schweiz am Sonntag»: «In Basel herrscht diesbezüglich

eine grosse Nervosität und Ratlosigkeit.» Das sind keine Worte, die ein Klima von Sicherheit und Gleichmut ausdrücken. Wobei nicht wenige Grenzgänger sehr genau registrierten, dass ‹ihr› Kanton Basel-Stadt als einer der wenigen Deutschschweizer Kantone (im Gegensatz etwa zu Basel-Landschaft, aber ebenso wie Zürich) die Initiative im Verhältnis 61:39 abgelehnt hatte. So bemerkt auch Jens Eckstein, dass das Abstimmungsverhalten der Basler Bevölkerung und vor allem eine klare Stellungnahme der Spitalleitung zu einer Beruhigung beigetragen hätten: ‹Eine weitere emotionale Eskalation› sei damit verhindert worden.

Einige Monate nach diesem 9. Februar ist auch in Basel-Stadt wieder der politische Alltag eingelehrt. Die politischen Sommerdebatten, so sie denn überhaupt stattfanden, wurden vor allem von der Fusionsinitiative geprägt, die Zuwanderungsinitiative ist etwas aus den Schlagzeilen verschwunden. Claudia Krauss vom Universitätsspital sagt, sie fühle sich hier weiterhin geschätzt und getragen, wichtig sei vor allem das gemeinsame Ziel, nämlich die gute Versorgung der Patientinnen und Patienten. Wo die Folgen dieser Abstimmung diskutiert werden, geht es auch im Stadtkanton in erster Linie und fast ausschliesslich darum, wie die Zuwanderungsinitiative umgesetzt werden soll beziehungsweise umgesetzt werden kann.

Und da stellt man in Basel, wo man nicht zuletzt der vielen Grenzgänger wegen besonders pragmatisch vorgehen möchte, ganz praktische Überlegungen an, wie etwa die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP) in der ‹Basellandschaftlichen Zeitung›. Sie brachte dort die Idee ins Spiel, ob der Stadtkanton, eventuell zusammen mit anderen Städten, die Umsetzung der Initiative (über die auch sonst hart gestritten wird) einfach ignorieren solle, sozusagen eine Befehlsverweigerung auf höchster

Ebene. Fetz vermeidet allerdings ausdrücklich diesen Begriff, sie spricht eher militärisch von einem ‹Verteidigungsdispositiv›: ‹Es gibt immer wieder Beispiele von Kantonen, die Gesetze einfach nicht umsetzen. Nicht dass ich das fordere, aber es ist denkbar, weil je nach Ausgestaltung die Umsetzung der Initiative der wirtschaftliche Untergang drohen würde.›

Ob das ein gangbarer politischer Weg ist, darf wohl mehr als bezweifelt werden. Aber solange nicht klar ist, wie der Volkswille, der sich am 9. Februar 2014 nicht zuletzt aus Angst vor einer ungebremsten Zuwanderung manifestiert haben dürfte, umgesetzt werden kann, ohne wirtschaftlichen Schaden anzurichten, werden auch solche politischen Gedankenspiele nicht von der Agenda verschwinden.